



Ostdeutsche arbeiten 57 Stunden länger

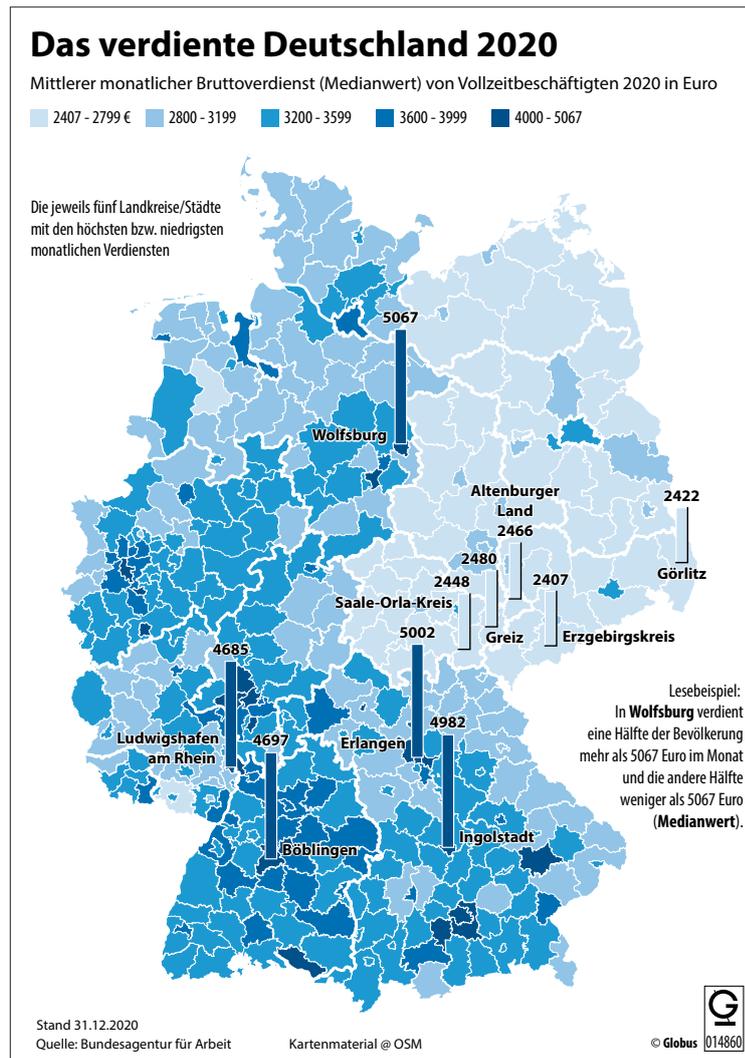
Die 40,8 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland haben im vergangenen Jahr insgesamt 52,4 Milliarden Stunden gearbeitet. Bei der Jahresarbeitszeit der Beschäftigten gibt es allerdings große regionale Unterschiede. In Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern arbeiten Arbeitnehmer im Jahr durchschnittlich gut 100 Stunden mehr als im Saarland oder in Rheinland-Pfalz. Auch in den anderen Ländern in Ostdeutschland liegt die Jahresarbeitszeit deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnittswert. Im Mittel arbeiten die ostdeutschen Arbeitnehmer 57 Stunden länger als ihre westdeutschen Kollegen. Das liegt nach Angaben des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) auch daran, dass viele ostdeutsche Unternehmen nicht tarifgebunden sind. Um genug zu verdienen, arbeiten die Arbeitnehmer dort mehr. Hinzu kommt, dass Teilzeitjobs im Westen öfter anzutreffen sind als im Osten. Im Bundesdurchschnitt betrug im Jahr 2020 die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitnehmer 1285 Stunden.

Quelle: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (<http://dpaq.de/qC5Cc>)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: Sommer 2022

Siehe auch Grafik: 014837 Teilzeit-Jobs in Deutschland, 014807 Länger am Arbeitsplatz, 013563 Das Arbeitsjahr 2020

Grafik: Karen Losacker, Dr. Jürgen Reschke; **Redaktion:** Wolfgang Fink



Unterschiede zwischen Ost und West bleiben groß

In Hamburg verdienen Vollzeitbeschäftigte am besten. Mit einem mittleren Monatsverdienst von rund 3900 Euro verdienen Hamburgerinnen und Hamburger etwa tausend Euro mehr als Beschäftigte in Mecklenburg-Vorpommern. Hier lag das Medianeinkommen bei nur knapp 2700 Euro. Noch größer ist die Differenz im Vergleich der 401 Landkreise und kreisfreien Städte. Zwischen dem Kreis mit dem höchsten und dem Kreis mit dem geringsten Verdienst liegen 2660 Euro. An der Spitze der Einkommensskala landete Wolfsburg. In der Autostadt lag das Medianeinkommen bei 5067 Euro im Monat. Im sächsischen Erzgebirgskreis dagegen verdienten Vollzeitbeschäftigte im Mittel nur 2407 Euro. Auffällig ist die deutliche Ost-West-Unterteilung. Die untersten 54 Kreise im Ranking liegen alle in Ostdeutschland. Zu den Gründen für die Unterschiede gibt die Statistik der Bundesagentur für Arbeit keine Auskunft. Eine Ursache ist die geringe Tarifbindung. Vor allem in Ostdeutschland müssen mehr Beschäftigte von Tarifverträgen profitieren, fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund. So würden sich die Löhne in West und Ost angleichen.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (<http://dpaq.de/Gy2r3>)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: August 2022

Siehe auch Grafik: 014818 Die Einkommensschere, 014734 Höhere Verdienste, 014682 Einkommensunterschiede in der EU, 014636 Die Lücke beim Gehalt, 014535 Drei Mal Lohn, 014528 Die Lohnillusion

Grafik: Dr. Jürgen Reschke; **Redaktion:** Sophie Lauterbach, Jennifer Schneider



Im Umland wohnen, in der Stadt arbeiten

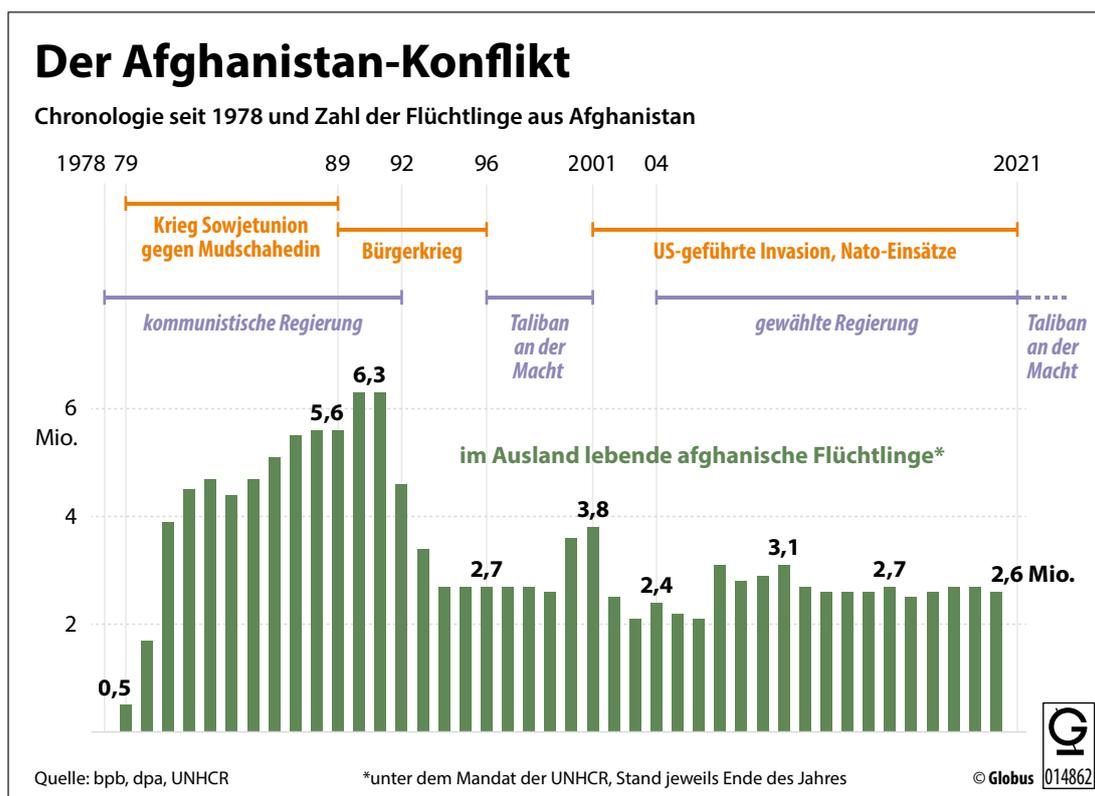
München übt die größte Anziehungskraft auf Arbeitskräfte aus dem Umland aus. Im Jahr 2020 wohnten 411 000 der dort arbeitenden Beschäftigten außerhalb der bayerischen Landeshauptstadt. Es folgen Frankfurt am Main mit 385 000 Einpendlern sowie Hamburg mit 355 000 Pendlern. Insgesamt arbeiteten in Deutschland rund 19,6 Millionen Menschen nicht an ihrem Wohnort – umgerechnet knapp 60 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Das geht aus einer Studie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) hervor, das Zahlen der Pendlerstatistiken der Bundesagentur für Arbeit ausgewertet hat. Das BBSR betont, dass die Pendlerstatistik nichts darüber aussagt, wie viele Beschäftigte sich im vergangenen Jahr wegen der Corona-Pandemie im Homeoffice befanden und deshalb nicht täglich pendelten. Die neuen Formen des mobilen Arbeitens können auch große Chancen bieten, heißt es in der Studie. Zum einen sinkt so die Schadstoffbelastung in den Großstädten, wenn weniger Arbeitnehmer jeden Tag mit dem Auto zum Arbeitsplatz fahren müssen und stattdessen mehr von Zuhause aus arbeiten. Zum anderen können auch kleinere Kommunen als Wohnorte abseits der Großstädte attraktiver werden.

Quelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (<http://dpaq.de/2Q7Fz>)

Datenerhebung: unregelmäßig, Stand Juni 2021

Siehe auch Grafik: 014612 Gefahr Straßenverkehr, 014819 Arbeitszeit pro Woche, 014807 Länger am Arbeitsplatz, 014791 Die Entwicklung der Arbeitszeit

Grafik: Anna Rigamonti; **Redaktion:** Sophie Lauterbach



Die Taliban sind (wieder) an der Macht

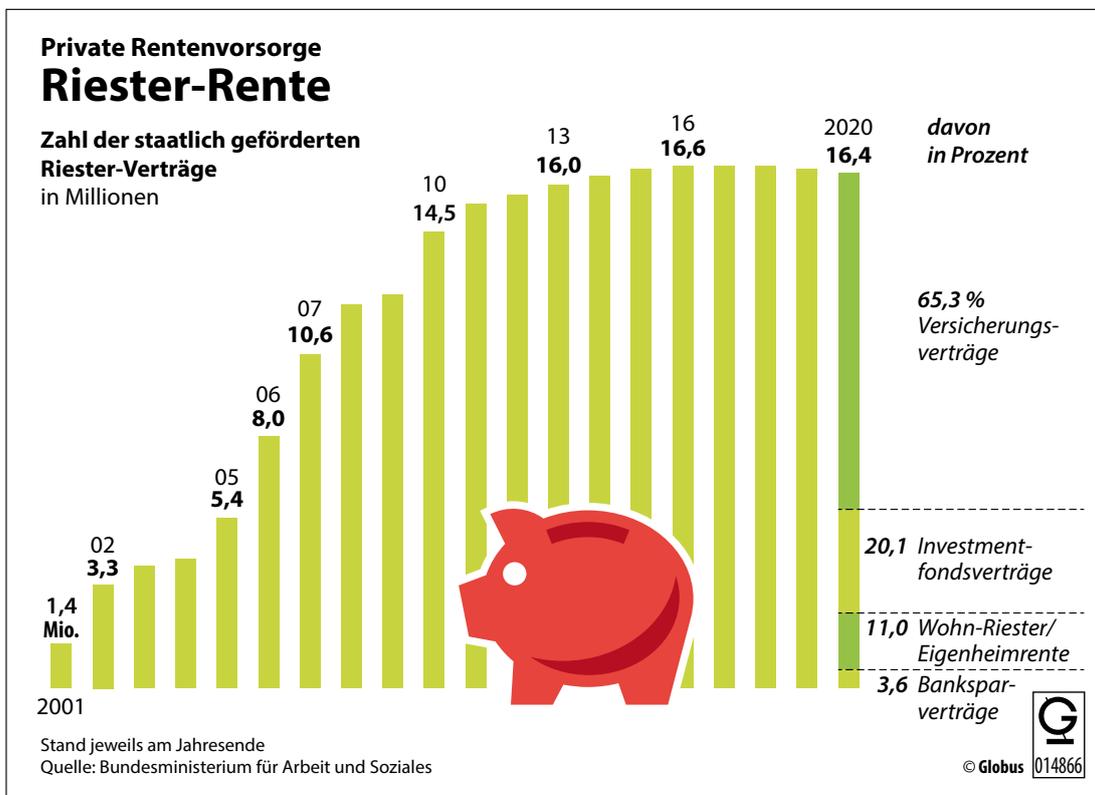
Seit über 40 Jahren herrscht in Afghanistan Krieg in jeglicher Form – die Kriegsparteien haben gewechselt, die Zahl der Flüchtlinge hingegen ist beständiger Gradmesser des Konflikts. Im Jahr 1978 etablierte sich nach der Saur-Revolution eine kommunistische Regierung in Kabul. Die Sowjetunion schickte 1979 Truppen, um sie zu stützen und zog erst nach einem blutigen Krieg 1989 wieder ab. Die Zahl der Flüchtlinge stieg bis zum Ende der kommunistischen Regierung auf einen Höchststand von 6,3 Millionen. 1992 eroberten die von den USA unterstützten Mudschahedin Kabul und begannen sich gegenseitig zu bekämpfen. Das Chaos nutzten die Taliban und zogen 1996 in Kabul ein. Die militanten Islamisten gewährten der Terrororganisation Al-Kaida Unterschlupf, die die Anschläge am 11. September 2001 in den USA verübte. Bereits im Oktober schlugen die USA militärisch zurück und die Taliban stürzten. 2004 wurde in Afghanistan dann das erste Mal eine Regierung gewählt. Das Ende des demokratischen Experiments wurde mit dem Abzug aller westlichen Truppen nach 20 Jahren Nato-Einsatz besiegelt: Im August 2021 übernahmen die Taliban nach schnellem Durchmarsch erneut die Macht in Kabul. Die Zahl der Flüchtlinge hatte sich in den Jahren davor bei etwa zweieinhalb Millionen eingependelt. Diese Zahl wird womöglich wieder steigen.

Quelle: UNHCR (<http://dpaq.de/RW9Lt>), Bundeszentrale für Politische Bildung u.a. (<http://dpaq.de/Z56fL>)

Datenerhebung: UNHCR-Flüchtlingszahlen: nächster Jahreswerte (für 2020) voraussichtlich im Juni 2022

Siehe auch Grafik: 014749 Fluchtbewegungen, 013915 Zivile Opfer in Afghanistan, 014280 Die Ausdehnung des Islamischen Staates

Grafik: Dr. Jürgen Reschke; **Redaktion:** Dyfed Loesche



Kritik an Riester-Rente wird immer lauter

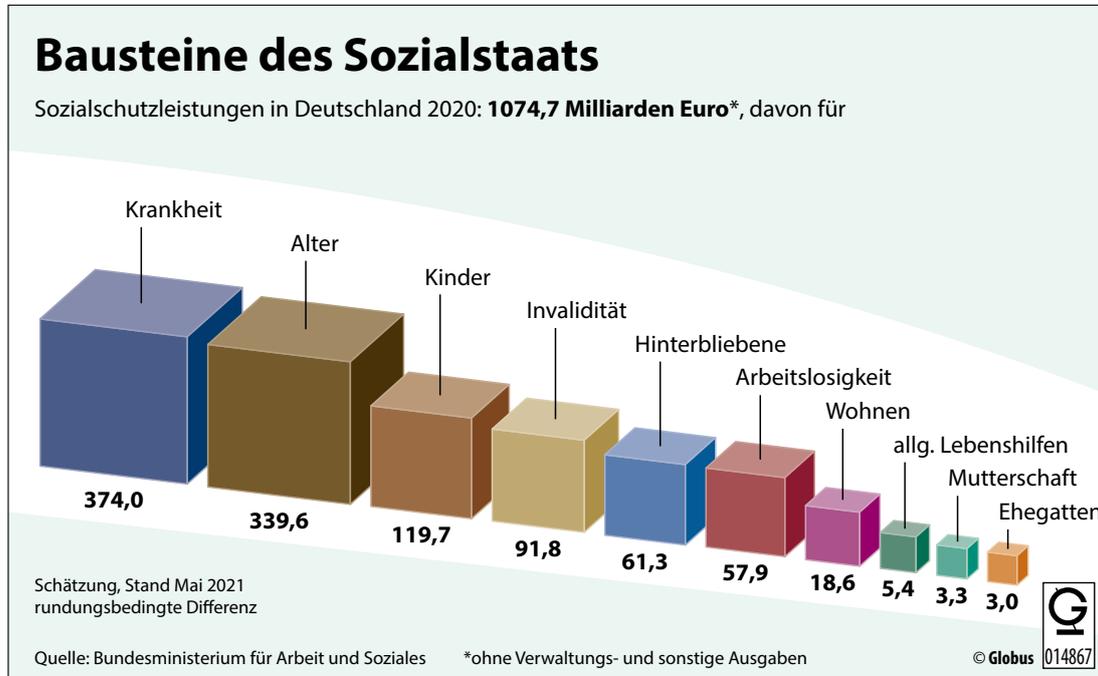
Seit genau 20 Jahren gibt es die Riester-Rente. Im Jahr 2001 hatten der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder und der Arbeitsminister Walter Riester die staatlich geförderte Altersvorsorge eingeführt. Das Ziel: eine zusätzlich kapitalgedeckte Altersvorsorge für die breite Masse der Bevölkerung, um den steigenden Druck auf die staatliche Rente zu mildern. Bis zum Jahresende 2020 gab es rund 16,4 Millionen abgeschlossene Riester-Verträge. Das ist im Vergleich der letzten 20 Jahren zwar ein deutlicher Anstieg, aber ein Blick auf die vergangenen sechs Jahre zeigt: Die Zahl der Verträge geht zurück. Immer größer und lauter wird die Kritik an dieser privaten Altersvorsorge. Kritikpunkte sind unter anderem die komplizierten Regelungen, um den vollen Zuschuss zu bekommen, die hohen Kosten sowie die geringen Auszahlungen. Der Bundesverband der Verbraucherzentralen sowie weitere Verbände fordern das Ende der Riester-Rente und stattdessen ein günstiges und einfaches Angebot der Zusatzvorsorge, das öffentlich organisiert sein soll.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (<http://dpaq.de/EjVhU>)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: Februar 2022

Siehe auch Grafik: 014851 Die Zeit als Rentner, 014658 Renten-Runden, 014363 So hoch sind die Renten, 014183 Die Probleme der Rentenversicherung

Grafik: Fred Bökelmann; **Redaktion:** Sophie Lauterbach, Wolfgang Fink



Zwei Drittel für Krankheit und Alter

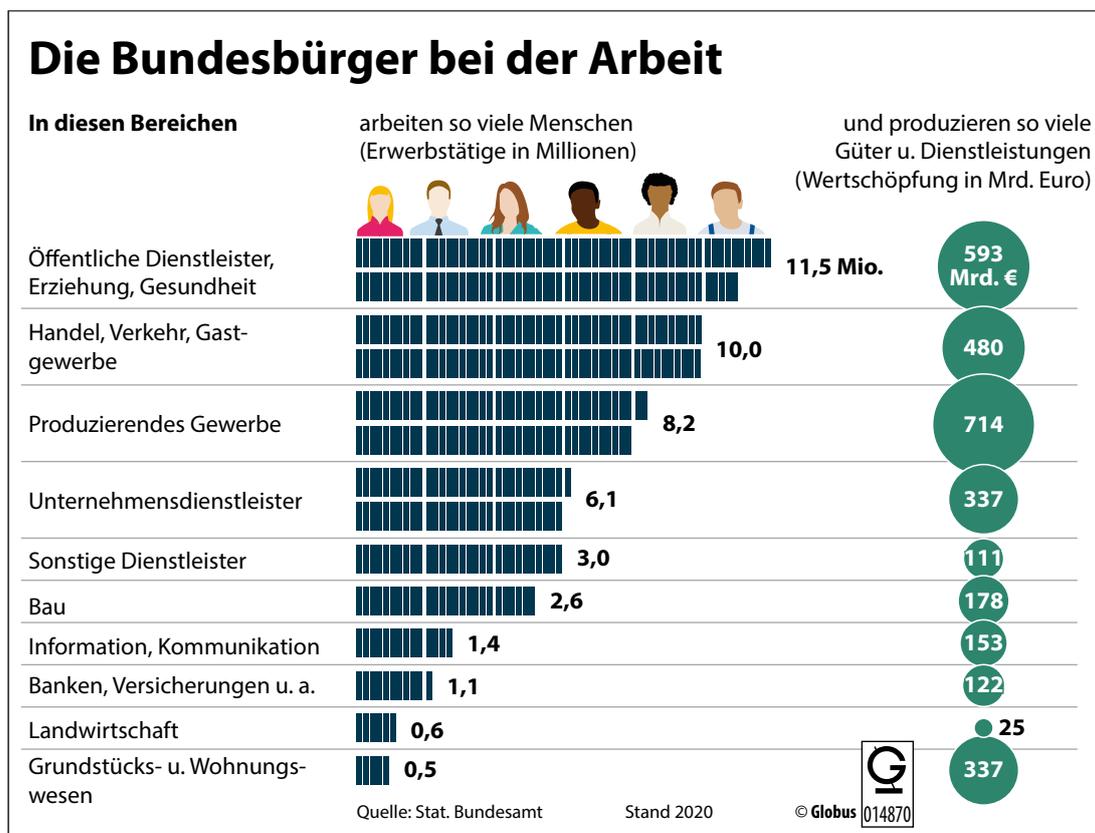
1074,7 Milliarden Euro wurden im Jahr 2020 in Deutschland für soziale Leistungen ausgegeben. Die größten Ausgabeposten entfallen mit 374,0 und 339,6 Milliarden Euro auf Krankheitskosten und Alterssicherung. Allein diese beiden Ausgabenblöcke beanspruchten zwei Drittel des sogenannten Sozialbudgets. Mit 119,7 Milliarden Euro unterstützten die öffentlichen Hände Kinder und Jugendliche, 91,8 Milliarden Euro dienen der Linderung von Invaliditätsfolgen. Seit 1991 sind die Ausgaben insgesamt auf mehr als das Zweieinhalbfache gestiegen: Damals erreichten sie eine Höhe von 380 Milliarden Euro. Finanziert werden die Sozialleistungen im Wesentlichen aus drei Quellen: den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber, den Sozialbeiträgen der Versicherten (überwiegend also der Arbeitnehmer) sowie den Zuschüssen des Staates aus Steuermitteln.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (<http://dpaq.de/y8Q9s>)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: Sommer 2022

Siehe auch Grafik: 014833 Das soziale Netz, 014256 Die Ausgaben des Sozialstaates

Grafik: Karen Losacker, Dr. Jürgen Reschke; **Redaktion:** Wolfgang Fink, Dr. Bettina Jütte



Großer Beitrag der Industrie

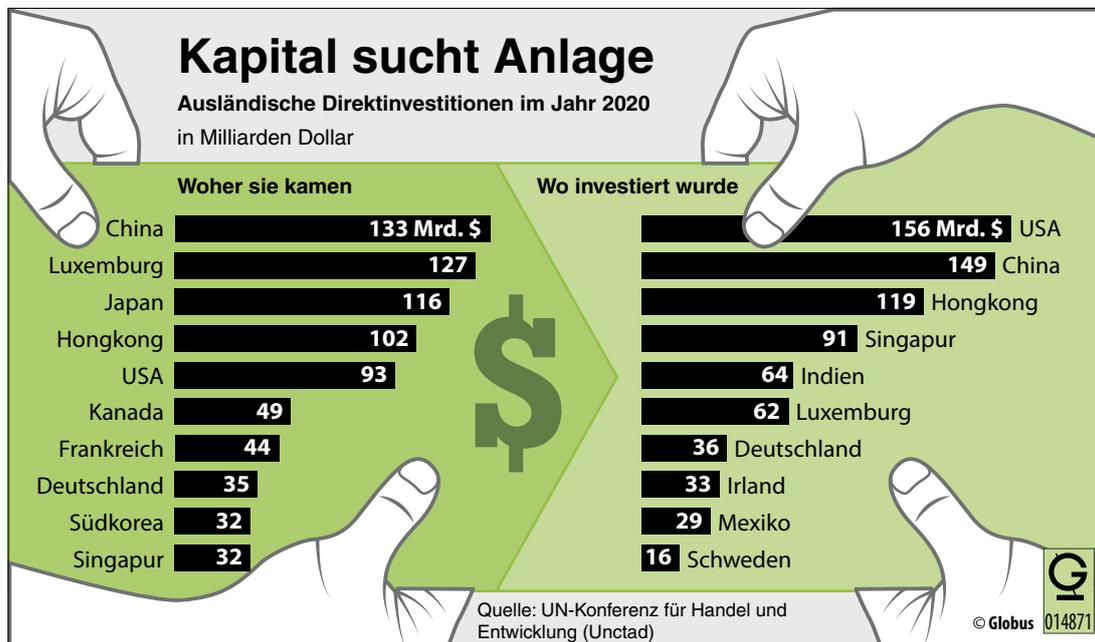
Rund 44,9 Millionen Männer und Frauen haben im vergangenen Jahr in Deutschland Güter und Dienstleistungen im Wert von rund 3,1 Billionen Euro produziert. Die Daten aus den „Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ des Statistischen Bundesamtes machen es möglich, das Bild unserer Wirtschaft etwas genauer zu zeichnen. Zwei Drittel der Erwerbstätigen arbeiten in den Bereichen „Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ oder „Handel, Verkehr, Gastgewerbe“ oder im produzierenden Gewerbe, also in einem Industriebetrieb. Dort wurde mit 714 Milliarden Euro auch der größte Einzelbeitrag zum Wirtschaftskuchen erbracht. Die öffentlichen Dienstleister steuerten zur Wertschöpfung 593 Milliarden Euro bei; Handel, Verkehr und Gastgewerbe brachten es auf 480 Milliarden Euro.

Quelle: Statistisches Bundesamt (<http://dpaq.de/A4LF8>)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: 2022

Siehe auch Grafik: 014406 Wandel in der Arbeitswelt, 014405 Deutschlands Arbeitsplätze, 012351 Der Produktivitäts-Fortschritt

Grafik: Ben Bolte; **Redaktion:** Wolfgang Fink



Direktinvestitionen um mehr als ein Drittel eingebrochen

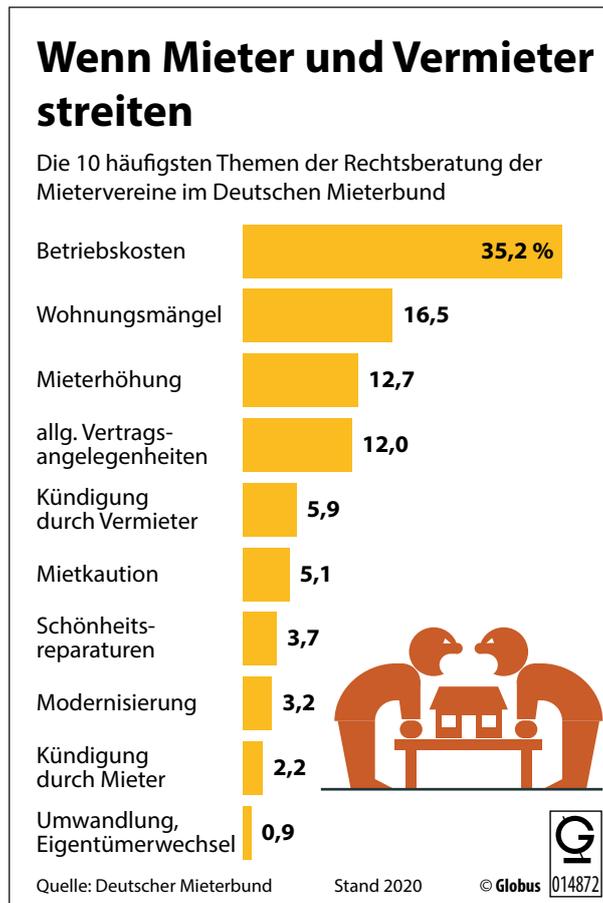
Die internationalen Direktinvestitionen erreichten im Jahr 2020 einen Wert von 999 Milliarden Dollar. Das waren 531 Milliarden Dollar oder 35 Prozent weniger als 2019, wie aus dem aktuellen Weltinvestitionsbericht der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (United Nations Conference on Trade and Development Unctad) hervorgeht. Grund für diesen enormen Rückgang war die Corona-Pandemie, die in fast allen Volkswirtschaften der Welt zu Rezessionen geführt hat. – Das Land mit dem größten Zufluss von Direktinvestitionen waren die USA (156 Milliarden Dollar), gefolgt von China (149) und Hongkong (119). 312 Milliarden Direktinvestitionen gingen in die Industrieländer, das war ein Minus von 58 Prozent gegenüber dem Jahr 2019. 663 Milliarden Dollar flossen in Entwicklungsländer (minus acht Prozent) und 24 Milliarden Dollar in Schwellenländer (minus 58 Prozent). Größter Investor war China mit 133 Milliarden Dollar, gefolgt von Luxemburg (127) und Japan (116).

Quelle: United Nations Conference on Trade and Development Unctad (<http://dpaq.de/jZQDg>)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: Sommer 2022

Siehe auch Grafik: 014765 Im Ausland investiert, 012434 Warum Unternehmen im Ausland investieren

Grafik: Fred Bökelmann, Ben Bolte; **Redaktion:** Wolfgang Fink



Am häufigsten gibt es Streit um Betriebskosten

Wenn es zwischen Mietern und Vermietern kracht, dann geht es meist um die Nebenkosten oder um Mängel an der Mietsache. Mehr als eine Million Rechtsberatungen führten die Experten der Mietervereine im Deutschen Mieterbund im Jahr 2020 durch. In jedem dritten Beratungsfall ging es um Heizkosten, Müllabfuhr und andere sogenannte Betriebskosten. Ob sie rechtmäßig aufgeführt und abgerechnet sind, erkennt oft nur der Fachmann. Wohnungsmängel wie Lärmbeeinträchtigung oder Feuchtigkeitsschäden sind mit einem Anteil von 16,5 Prozent das zweitwichtigste Thema, gefolgt von Fragen zur Mieterhöhung mit knapp 13 Prozent. Übrigens: Nur ein Bruchteil der Beratungen mündet in einer gerichtlichen Auseinandersetzung. Nach Angaben des Deutschen Mieterbundes konnten über 97 Prozent aller Beratungsfälle außergerichtlich beigelegt werden.

Quelle: Deutscher Mieterbund (<http://dpaq.de/NPVW9>)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: 2022

Siehe auch Grafik: 014856 Mietbelastung - zu wenig übrig, 014472 Die Situation am Wohnungsmarkt, 013156 Wohnen in Deutschland

Grafik: Ben Bolte, Fred Bökelmann; **Redaktion:** Wolfgang Fink